

# Antrag

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (dort beschlossen am: 07.09.2025)

**Titel:** Arbeitsprogramm des Landesvorstandes der GRÜNEN JUGEND Berlin

## Antragstext

1 In Berlin treffen vielfältige Perspektiven und Lebensrealitäten aufeinander.  
2 Doch der schwarz-rote Senat kürzt ausgerechnet in den Bereichen, die für den  
3 sozialen Zusammenhalt zentral sind. Sport, Bildung und Kultur geraten massiv  
4 unter Druck. Die Kürzungen treffen junge Menschen besonders hart.

5 Die Wahl im nächsten Jahr entscheidet über Berlins Kurs und eröffnet die Chance,  
6 für eine solidarische Gesellschaft einzutreten. 2026 wird Berlin sowohl das  
7 Abgeordnetenhaus als auch die Bezirksverordnetenversammlungen neu wählen.

8 Die GRÜNE JUGEND Berlin wird dabei als prägende linke Kraft auftreten - sowohl  
9 innerparteilich als auch mit einer eigenen Kampagne. Dafür braucht es einen  
10 handlungsfähigen Landesvorstand, der Überblick bewahrt, Impulse setzt und  
11 vorausschauend handelt. Um dabei unserem basisdemokratische Selbstverständnis  
12 gerecht zu werden, müssen die Basis und weitere Verantwortungsträger\*innen auf  
13 Landesebene stets in die Strategieentwicklung miteinbezogen werden.

14 Dem künftigen Landesvorstand wird folgendes Arbeitsprogramm an die Hand gegeben:

### 15 Verbandsprozesse:

16 Der Landesvorstand wird:

- 17 • die Umsetzung der Richtlinie gegen sexualisierte Gewalt, insbesondere die

Etablierung von Awareness Verantwortlichen in den Kreisverbänden  
evaluieren

- einen Weiterbildungstag zu Awarenessarbeit für Awarenessverantwortliche in Kreisverbänden und für weitere Interessierte anbieten
- die Strategie gegen Antisemitismus inklusive Social-Media-Strategie abschließen
- die Vernetzung der Teams auf Landesebene untereinander fördern.

### **Förderung von Schüler\*innen und Auszubildenden**

Die Förderung von Schüler\*innen und Auszubildenden muss einen größeren Stellenwert in der Landesvorstandsarbeit einnehmen. Das bedeutet konkret::

- die Betreuung einer Vernetzungsgruppe für Schüler\*innen durch ein LaVoMi
- Vernetzungsmöglichkeiten für Azubis in der Grünen Jugend Berlin zu etablieren

### **Kreisverbände stärken**

Unsere Kreisverbände werden nächstes Jahr durch die Wahl gleich doppelt gefordert sein: Zum einen setzen sie die Kampagne um und repräsentieren damit die GRÜNE JUGEND Berlin in ihren Kiezen. Zum anderen bedeutet ein Wahlkampf meist Mitgliederzuwachs - diese neuen Mitglieder einzubinden, und das in sehr kurzer Zeit, kann sehr herausfordernd sein, insbesondere für eher strukturschwache Kreisverbände.

Deswegen müssen wir schon vor dem Wahlkampf Strukturen schaffen, die diese Mehrbelastung auffangen können. Dies beinhaltet:

- eine Fortführung der monatlichen Orga-Treffen zwischen Vertreter\*innen des Landesvorstands und der Kreisvorstände
- Klausuren zwischen Landesvorstand und neu gewählten Kreisvorständen zur Strategiefindung und Projektplanung für jeden einzelnen Kreisverband

- regelmäßige KV-LaVo-Treffen zur Weiterbildung der Kreisvorstände und Vernetzung dieser mit dem Landesvorstand sowie gemeinsame Strategiefindung für den Landesverband; Skillsharing für Themen wie Neumitgliedereinbindung, Kampagnen-Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Beibehalten der Betreuung der Kreisverbände durch den Landesvorstand mit festen Ansprechpersonen, Chat-Gruppen und einer Vertretung für jeden Kreisverband
- Vernetzung der Kreisverbände für gemeinsame Aktiventreffen und Aktionen, um insbesondere in den Außen- bzw. Mitgliederschwachen Bezirken Präsenz zeigen zu können. Dabei soll zusammen mit den Kreisvorständen ein System erarbeitet werden, das diese Vernetzung erleichtert und verstetigt.

Was soll sich also konkret ändern im Vergleich zu den Vorjahren? Wir wollen die Kreisverbände stärker in die Arbeit auf Landesebene einbinden. Treffen und Klausuren sollen nicht mehr nur einseitig stattfinden (der Landesvorstand gibt alles vor), sondern den Austausch und die Entscheidungsfindung von beiden Seiten ermöglichen. Die Kreisverbände sollen außerdem durch Klausuren dazu befähigt werden, eigenständige Projekte durchzuführen und sich dafür eine eigene Strategie zu erarbeiten, die sich in die des Landesverbandes einbettet. Durch die Aktiventreffen auf Bezirks-Ebene soll sich diese Strategie wie ein roter Faden ziehen, Bildungsarbeit soll nicht mehr nur zum Selbstzweck erfolgen, sondern etwas zum Projekt beitragen/dies unterfüttern. Dabei soll in den Kreisverbänden das Prinzip "Alle können mitmachen" verstetigt werden - auch Basismitglieder übernehmen Aufgaben/planen Aktionen. Das entlastet die Kreisvorstände und lässt die Basismitglieder Selbstwirksamkeit erfahren, was sie wiederum an den Verband bindet.

### **Neumitgliedereinbindung und Gewinnung**

Als Jugendverband mit einer Altersgrenze sind wir auf die Neumitgliederengewinnung und -einbindung angewiesen. Wir wollen ein offener, toleranter, barrierefreier und inklusiver Verband sein, der es jeder\*m ermöglicht, sich bei uns zu engagieren. Dafür:

- unterstützen wir die Kreisverbände bei Klausuren und KV-Betreuung bei der Entwicklung und Durchführung einer Neu-Mitglieder-Strategie

- legen wir bei Veranstaltungen auf Landesebene ein besondere Wert auf Neueneinbindung (in der Vergangenheit meist durch ein Vernetzungstreffen)
- unterstützen wir die Kreisverbände bei der Durchführung ihrer Neuentreffen
- machen wir regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Landesebene und überarbeiten diese
- überarbeiten wir die Neumitgliederstrategie auf Landesebene und dabei die Kreisverbände miteinbeziehen
- Schulen wir die Kreisverbände in den Bereichen Organizing, Socializing und Verbandskultur.

## **Vielfalt**

Wir verstehen unsere Arbeit materialistisch-antirassistisch: Rassismus und Diskriminierung sind strukturelle Probleme, eng verbunden mit kapitalistischen Machtverhältnissen. Vielfaltspolitik heißt für uns: konkrete Lebensbedingungen marginalisierter Menschen verbessern. Wir wollen:

- einen Migra-Fördertag durchführen inkl. Workshops, Empowerment-Sessions und Begegnungsräumen.
- Vernetzungstreffen für migrantisierte Mitglieder regelmäßig durchführen (alle 1-2 Monate) , auf den LMVen und vor Antira-Demos.
- ein niedrigschwelliges Bildungskonzept zur Einführung in Antirassismus, Antidiskriminierung & Intersektionalität für alle Mitglieder erarbeiten.
- den Landesvorstand in der antirassistischen Strategie der Grünen Jugend weiterbilden.

- 98 • eine Strategie entwickeln gegen Ableismus: Barrierefreiheit in GJ-  
99 Veranstaltungen verbessern und Workshops zu Ableismus organisieren.
- 100 • Die Vernetzung der Vielfaltsverantwortlichen in den Bezirken durch  
101 regelmäßige Austauschrunden (2–3 pro Jahr) etablieren.
- 102 • einen engen Austausch mit dem FINTA\*- und Bildungs-Team: zwei gemeinsame  
103 Sitzungen pro Jahr, gegenseitige Unterstützung in Veranstaltungen.
- 104 • Bündnisarbeit im Bereich der Vielfaltspolitik intensivieren und ausbauen.

#### 105 **FINTA-Förderung**

106 Die Förderung und Vernetzung von FINTA\*- Personen bleibt ein zentrales Anliegen  
107 der GRÜNEN JUGEND Berlin. Für das kommende Jahr empfehlen wir:

- 108 • ein FINTA\* Wochenende zur Vernetzung und Weiterbildung
- 109 • Regelmäßige FINTA\* Beauftragten Treffen zur Koordination und Vernetzung
- 110 • Eine FINTA\* Vollversammlung, auf der Bildungsarbeit, Empowerment und  
111 Vernetzung kombiniert werden
- 112 • Skillsharing zu Moderation, Anträgen und Empowerment vor  
113 Landesmitgliederversammlungen.
- 114 • Mehr Bündnisarbeit zu FINTA\* Themen
- 115 • Workshops zur Förderung von Kritischer und Solidarischer Männlichkeit im  
116 Verbandsarbeit
- 117 • Die Förderung von INTA\* Personen voranzutreiben, z.B. durch das erstellen  
118 einer Vernetzungsgruppe und Austauschmöglichkeiten bei der FINTA\* VV oder  
119 einem FINTA\* Förderwochenende
- 120 • die Überarbeitung des FINTA\*-Statuts bis zur nächsten LMV.

- stärkere Zusammenarbeit mit Bildungs- und Vielfaltspolitischen Team

## **Bündnisarbeit**

Bündnisarbeit ist ein zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit, um über den Verband hinaus politische Veränderungen zu bewirken, gemeinsame Kämpfe zu führen und Netzwerke zu stärken. Sie ermöglicht es uns, Ressourcen, Wissen und Erfahrungen zu teilen, gemeinsame Aktionen umzusetzen und Mitglieder für kollektives, solidarisches Handeln zu sensibilisieren.

Im kommenden Verbandsjahr werden wir deshalb Folgendes umsetzen:

- Kooperation mit außerparlamentarischen Bündnissen: Teilnahme an Kampagnen, Aktionen und Protesten, die mit unseren Grundwerten übereinstimmen.
- Koordination mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen: Austausch und gemeinsame Planung von Projekten, Veranstaltungen oder Initiativen.
- Basismitglieder stärker in die Vernetzungsarbeit einbeziehen: Mitgliedern Möglichkeiten bieten, aktiv an Bündnisarbeit teilzuhaben.
- Bündnisarbeit auf Kreisverbandsebene fördern: Unterstützung der KVs bei lokalen Kooperationen und Vernetzungsaktionen.
- Bündnispartner\*innen zu Landesmitgliederversammlungen und anderen Veranstaltungen einladen: um Austausch, Vernetzung und gemeinsame Planung zu stärken.
- Schwerpunkte auf Kampagnen wie "Deutsche Wohnen & Co enteignen", "Mietendeckel jetzt" und antifaschistische Bündnisse wie Widersetzen oder das Bündnis gegen rechte Aufmärsche

## **SoMe Arbeit**

Social Media bietet uns eine Plattform, um unsere Inhalte und unsere Arbeit nach

außen zu tragen. Es kann als Interventionsansatz in gesellschaftlichen Diskursen genutzt werden, aber auch um zu zeigen was wir als Verband machen sowie der Neumitgliedergewinnung dienen.

- Wir wollen weiterhin unsere Reichweite ausbauen und andere Plattformen (Threads, TikTok) mehr bespielen.

- Die Social-Media-Strategie wird überarbeitet

- Wir bilden unsere Kreisverbände in Social Media-Arbeit und -Strategie weiter aus.

- Wir nutzen Weiterbildungsangebote als Landesvorstand und für unsere Mitarbeitenden.

## **Bildungsarbeit**

Wir verstehen Bildungsarbeit als einen zentralen Aufgabenbereich der GRÜNEN JUGEND. Sie ist die Grundlage dafür, dass unsere Mitglieder ihre politischen Positionen fundiert vertreten und wir als Verband handlungsfähig bleiben.

Ziel unserer Bildungsarbeit ist es, allen Mitgliedern eine grundlegende materialistische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zu vermitteln. Wir wollen ein Verständnis dafür schaffen, wie kapitalistische Strukturen Ungleichheit, Ausbeutung und Krisen hervorbringen und wie politische Kämpfe dagegen organisiert werden können.

Darüber hinaus vermitteln wir in unserer Bildungsarbeit praktische Skills, die für politische Arbeit unerlässlich sind: von Moderation und Redekompetenz über Kampagnen- und Aktionsplanung bis hin zu strategischer Bündnisarbeit. Unsere Bildungsangebote sollen Mitglieder befähigen, selbstbewusst in innerparteilichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufzutreten.

Ein weiterer zentraler Bestandteil unserer Bildungsarbeit ist die Sensibilisierung für Diskriminierung. Wir schaffen Räume, in denen Mitglieder sich mit Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus, Klassismus, Ableismus und weiteren Herrschaftsverhältnissen auseinandersetzen können. Unser Anspruch ist es, Mitglieder darin zu stärken, diese Mechanismen zu erkennen, kritisch zu reflektieren und aktiv dagegen einzutreten.

Ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit soll auch auf die kritische

Auseinandersetzung mit der Polizei als Institution und Polizeigewalt gelegt werden.

Im kommenden Verbandsjahr wollen wir das mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

- Inhaltliche Workshops: Erarbeitung von Workshop-Konzepten gemeinsam mit dem Bildungsteam, die von Kreisverbänden flexibel angefragt werden können.
- Engere Zusammenarbeit der Teams: stärkere Einbindung des Bildungsteams in Förderveranstaltungen und Kooperation mit anderen Teams der GRÜNEN JUGEND Berlin.
- Skillsharing zur Verbandsarbeit: praktische Formate wie „How-To Anträge schreiben“, „Reden halten“ oder „How-To LMV“.
- Workshops & Schulungen für Verantwortungsträger\*innen: im Rahmen von KV-LaVo-Treffen, z. B. zu Social Media, Moderation oder Kampagnenführung.
- Fördertage für FINTA-Personen, migrantisierten Personen und weitere marginalisierte Gruppen\*: gezielte Empowerment- und Vernetzungsangebote, um Barrieren abzubauen und Beteiligung zu stärken.
- Abbau von Bildungsbarrieren: Gestaltung unserer Bildungsarbeit so, dass sie nicht nur akademisch geprägte Zugänge anspricht. Dies kann unter anderem durch einfache Sprache, praxisnahe Beispiele, Glossare und niedrigschwellige Erklärungen und Formate verbessert werden.
- Bildungs- und Vernetzungsveranstaltungen für Neumitglieder und Verantwortungsträger\*innen planen und durchführen

## **Parteiverhältnis**

Unser Verhältnis zur Grünen Partei bleibt strategisch und kritisch.



Uns ist bewusst, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN – und in besonderem Maße der Landesverband Berlin – zu unseren wichtigsten Verbündeten in vielen politischen Kämpfen zählen. Oftmals können wir gemeinsam politische Kämpfe wirksamer führen.

Gleichzeitig verstehen wir uns als eigenständige, linke Jugendorganisation, die eine eigene politische Stimme hat. Wir entwickeln eigenständige Positionen, vertreten diese nach außen und kämpfen auch innerhalb der Partei für deren Durchsetzung. Dabei orientieren wir uns an einer klar antikapitalistischen und sozialpolitischen Perspektive, die wir auch gegenüber den Grünen selbst stark machen.

Dieses Spannungsverhältnis aus enger Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten und einer kritischen Distanz prägt unser Selbstverständnis. Kooperation bedeutet für uns, gemeinsam dort aktiv zu werden, wo Überschneidungen bestehen, ohne unsere Unabhängigkeit aufzugeben oder politische Konflikte zu verschweigen.

#### **Konkret heißt das für unsere Arbeit:**

- Wir suchen den strategischen Austausch mit dem Landesvorstand, dem Fraktionsvorstand und uns nahestehenden Gremien innerhalb der Grünen Berlin.
- Wir pflegen weiterhin einen regelmäßigen, institutionalisierten Austausch zwischen unseren Votenträger\*innen und dem Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin.
- Bei unserer Jahresplanung berücksichtigen wir wichtige Termine und Prozesse der Grünen Berlin, ohne uns dabei vollständig nach der Parteilogik auszurichten.
- Wir erarbeiten eigene Vorschläge und Initiativen, die wir in die Partei einbringen, achten aber darauf, unsere Ressourcen nicht in interner Parteilarbeit aufzureiben.
- Wir zeigen Präsenz bei Veranstaltungen und Sitzungen, die für unsere Arbeit politisch relevant sind, und nutzen diese Räume zur Vernetzung und Einflussnahme.

228 • Wir üben gemeinsam mit außerparlamentarischen Bündnissen Druck auf  
229 Regierung und Partei aus, um progressive Inhalte stärker durchzusetzen.

230 • Wir werden Voten für die Abgeordnetenhauswahl 2026 vergeben und gemeinsam  
231 mit unseren Votenträger\*innen eine Wahlkampagne planen und durchführen.  
232 Außerdem begleiten und unterstützen wir unsere Kreisverbände in der  
233 Vorbereitung auf die Bezirkswahlen 2026.

234 • Falls nach den Wahlen eine Grüne Regierungsbeteiligung in Aussicht steht,  
235 werden wir die Sondierungs- und Koalitionsgespräche eng und kritisch  
236 begleiten und unsere inhaltlichen Positionen einbringen.

## 237 **Wahlkampf**

238 Die AGH und BVV Wahlen im September 2026 werden im kommenden Verbandsjahr eine  
239 große Rolle spielen. Für uns ist es wichtig, unsere Themen im Wahlkampf zu  
240 platzieren und politische Wirksamkeit im Verband zu erzeugen. Dazu werden wir  
241 eine Kampagne auf die Beine stellen, die beides verbindet. Wir wollen für ein  
242 gerechtes Berlin streiten, in dem es zuerst um die Menschen in dieser Stadt  
243 geht. Profite auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft gehören der  
244 Vergangenheit an! Für uns findet dieser Kampf sowohl in Parlamenten als auch auf  
245 der Straße statt. Dies soll unsere Kampagne spiegeln.

246 Dafür werden wir:

247 • mit dem neu gewählten Wahlkampfteam zusammen eine Kampagne zum Wahlkampf  
248 erarbeiten und durchführen, die insbesondere junge Menschen erreicht

249 • unsere 3 Votenträger\*innen auf Landesebene und die BVV-Votenträger\*innen  
250 bestmöglich unterstützen und in unsere Kampagne einbinden

251 • KVen bei der Vergabe von Voten für ihre BVVen unterstützen

252 • die KVen befähigen, die Kampagne bestmöglich durchzuführen

- 253
- auf die Straße gehen und mit Menschen in Berlin ins Gespräch kommen

254 **Finanzen**

255 Für eine langfristige stabile und nachhaltige Finanzsituation und -arbeit des  
256 Verbandes ist es notwendig:

- 257
- eine Vernetzung der Schatzmeister\*innen und Finanzverantwortlichen in  
258 Berlin für Skillsharing zu schaffen.

- 259
- die Finanzordnung zu überarbeiten, um sie an die aktuellen Bedürfnisse  
260 anzupassen.

- 261
- den Finanzreader zu aktualisieren, um aktuellen Vorgaben und Praxen  
262 gerecht zu werden.

- 263
- eine mittel- und langfristige Finanzplanung aufzustellen.

- 264
- ein Fundraising aufzubauen.

- 265
- in Zusammenarbeit mit dem FINTA\*-Team eine Strategie zur Förderung von  
266 FINTA\*-Personen in Finanzverantwortung erarbeiten und umsetzen.

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Vielfaltspolitisches Team GRÜNE JUGEND Berlin (dort beschlossen am: 07.09.2025)

**Titel:** Arbeitsprogramm des Vielfaltspolitischen Team der GRÜNEN JUGEND Berlin

## **Antragstext**

### **Politische Leitlinie**

Wir verstehen unsere Arbeit materialistisch-antirassistisch: Rassismus und Diskriminierung sind strukturelle Probleme, eng verbunden mit kapitalistischen Machtverhältnissen. Vielfaltspolitik heißt für uns konkrete Lebensbedingungen marginalisierter Menschen verbessern. Deshalb wollen wir:

### **Schwerpunkte unserer Arbeit**

#### **Förderung & Bildungsarbeit**

- Migra-Fördertag durchführen inkl. Workshops, Empowerment-Sessions und Begegnungsräumen.
- Vernetzungstreffen für migrantisierte Mitglieder regelmäßig durchführen (alle 1-2 Monate) , auf den LMVen und vor antira Demos.
- Niedrigschwelliges Bildungskonzept: Einführung in Antirassismus, Antidiskriminierung & Intersektionalität für alle Mitglieder.

- Workshops: Den Landesvorstand in der Antirassistischen Strategie der Grünen Jugend weiterbilden.

- Abschließen der Strategie gegen Antisemitismus.

- Strategie Entwickeln gegen Ableismus: Barrierefreiheit in GJ-Veranstaltungen verbessern und Workshops zu Ableismus organisieren.

## **Strukturen im Verband**

- Vernetzung der Vielfaltsverantwortlichen in den Bezirken: regelmäßige Austauschrunden (2–3 pro Jahr).

- *Enger Austausch mit dem FINTA\*-Team*: zwei gemeinsame Sitzungen pro Jahr, gegenseitige Unterstützung in Veranstaltungen.

## **Bündnisarbeit**

- Vertretung im Diversity-Rat von Bündnis 90/Die Grünen Berlin durch den Vielfaltspolitischen Sprecher.

- Intensivierte Zusammenarbeit mit migrantischen Gruppen, Initiativen gegen Rassismus und Bündnissen wie „BerlinErinnertMünchen“.

- Strategie gegen Diskriminierung in Bündnissen entwickeln und anwenden: klare rote Linien, gleichzeitig Dialog & Verantwortungsübernahme.

- Israel-Palästina-Vernetzung & Antisemitismus-Strategie mit dem Landesvorstand fortsetzen und gemeinsam evaluieren.

## **Social Media & Sichtbarkeit**

- Empowerment-Content veröffentlichen (Reels, Zitate, Story-Übernahmen von Betroffenen).
- Gedenk- und Aktionstage konsequent bespielen (Hanau, Halle, IDAHOBITA\*, Tag gegen Rassismus, etc.).
- Gesichter zeigen: Arbeit des VielPo-Teams, der Vielfaltsverantwortlichen und Bündnisarbeit regelmäßig sichtbar machen.

## Organisatorische Maßnahmen

- Regelmäßige Teamtreffen: mind. alle 6 Wochen, hybride Teilnahme ermöglichen.
- Arbeitsaufteilung im Team: Verantwortungsbereiche (Förderung, Bildungsarbeit, Bündnisse, Social Media).
- Koordination mit Landesvorstand: halbjährliches Update, gemeinsame Weiterbildungsangebote organisieren.
- Dokumentation: Protokolle & Evaluationsberichte offen für Mitglieder zugänglich machen.

## Jahresziele 2025/26

- Durchführung von mind. 3 Migra-Vernetzungstreffen und 1 Migra-Fördertag.
- Aufbau/Weiterführung der Vernetzungsstruktur der Vielfaltsverantwortlichen in allen Bezirken.
- Veröffentlichungen auf Social Media

- 54 • Arbeit zu Ableismus umsetzen
- 55 • Abschluss der Strategie gegen Antisemitismus im Verband.
- 56 • Organisation von mind. 2 Weiterbildungsangeboten für den Landesvorstand  
57 und KVen.
- 58 • Dokumentierte Evaluation der Vielfaltspolitischen Arbeit auf der LMV  
59 Oktober 2026.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Nicolas, Julius, Marie, Akbar (dort beschlossen am: 19.09.2025)

**Titel:** Polizei - Refom(ierbar)?

## Antragstext

1 Am Abend der Bundestagswahl im Februar 2025 stürmten mehr als ein Dutzend  
2 behelmter und vermummter Polizist\*innen die Landesgeschäftsstelle der Grünen  
3 Jugend Berlin. Zu dieser Zeit verfolgten etwa 20 Personen friedlich den  
4 Wahlabend und die Hochrechnungen.

5 Anlass war, dass angeblich vermummte Personen - die zuvor bei einer  
6 selbstbestimmten Demo im Kiez unterwegs waren - in den Räumlichkeiten Zuflucht  
7 gewährt worden wäre. Und selbst nachdem die Einsatzkräfte diesen Verdacht  
8 ausräumen konnten, wurden die anwesenden Personen knapp zweieinhalb Stunden vor  
9 der Geschäftsstelle in der Kälte stehen gelassen und letztlich einer mehr als  
10 fragwürdigen erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen.

11 Wir sind schockiert über die Willkür, die Härte und die schikaneartige  
12 Handlungsweise der Polizei. Derartige Übergriffe auf linke politische Kräfte  
13 verurteilen wir stets, diesmal sind wir Teil einer solchen Behandlung geworden.

14 Und dabei hatten wir noch Glück, denn wir sind ein Verband, dessen Mutterpartei  
15 zu der Zeit noch in der Bundesregierung war.

16 Neben der großen Kürzungsoffensive will der schwarz-rote Senat mit der Novelle  
17 des Polizeigesetzes den „finalen Rettungsschuss“, beschönigend benannt, wieder  
18 einführen. Der nichts anderes als ein Todesschuss ist, obwohl bereits jetzt  
19 jedes Jahr mehr und mehr Menschen durch die Hände der „Freunde und Helfer“  
20 sterben. (1)



Die Logik dahinter ist wie eh und je: Gesellschaftliche Missstände mit Gewalt zu bekämpfen und dadurch vermeintlich "Sicherheit" zu schaffen.

Besonders betroffen sind hiervon marginalisierte Menschen und Randgruppen wie Obdachlose, die aus Bahnhöfen geschleift werden, in denen sie im Winter Zuflucht suchen. Drogenabhängige, die mit ihrer Suchtkrankheit alleine gelassen und durch Gewalt weiter an den Rand der Gesellschaft getrieben werden. Prostituierte, die in noch prekärere und stigmatisiertere Arbeitsbedingungen gedrängt werden. Und BiPOC, die von Grund auf verdächtigt werden. Sie leiden unter rassistischer, klassistischer und übermäßiger polizeilicher Vorverurteilung und erleben dementsprechend mehr Gewalt und Schikane. So sind BiPOC häufiger von "verdachtsunabhängigen Kontrollen" betroffen, wie sie erst letztens an Berliner Bahnhöfen eingeführt wurden. (2)

Beispiele für (nicht aufgearbeitete) rassistische Polizeigewalt erleben wir leider regelmäßig.

Wir erinnern an Oury Jallohs ominösen Todesfall, der nie vernünftig aufgearbeitet und dessen Verdacht eines Polizeimordes nie ausgeräumt wurde. Erst dieses Jahr wurde Lorenz von hinten von einem Polizisten mit 5 Schüssen geradezu hingerichtet. In der JVA Ottweiler starb am 01.08. der 15-Jährige Nelson angeblich an Suizid, nachdem er von einem Wärter körperlich misshandelt worden sein soll.

All diese Gewalt ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck der strukturellen Diskriminierung der Polizei gegenüber gesellschaftlich marginalisierten Gruppen.

Das zeigt sich in zahlreichen nationalsozialistischen Chatgruppen von Polizist\*innen, die teilweise sogar zur Tat schreiten und als NSU 2.0 progressive Kräfte einschüchtern.(3)

Dieser rechte Grundton in Kombination mit einer autoritären Struktur und Korpsgeist führen dazu, dass Polizeigewalt, wenn sie zur Anzeige gebracht wird, seltenst verurteilt wird, weil sich alle Kolleg\*innen aus Angst vor sozialer Ausgrenzung und vermeintlicher Kameradschaft gegenseitig decken. (4)

Stattdessen gibt es schwammige Disziplinarverfahren. Doch wie diese verteilt werden, ist genauso schwammig. So haben nach dem Einsatz in Hanau - nach einem kolossalen Polizeiversagen - genau zwei Polizist\*innen ein solches Verfahren bekommen. Nicht die, die zu spät agiert haben. Nicht die schlechte Einsatzleitung. Und auch nicht die Bamt\*innen, die den Notruf belegt haben, wodurch Willi nicht den Notruf erreichte und deswegen den Täter weiter verfolgte und letztlich erschossen wurde.

Die beiden Disziplinarverfahren gingen an die Pilot\*innen des Hubschraubers, die ihren Nutzen an jenem Abend hinterfragten. (5)

Weil gesellschaftlich Polizist\*innen mit einer Waffe am Gürtel einen Vertrauensvorschuss genießen, einen Status den Drogendealer im Park um die Ecke gar nicht erreichen können. Weil sie eben nicht bewaffnete Truppen des Staates, sondern "Hüter der Sicherheit" sind.

Daher sehen viele Leute von einer Anzeige ab, aus Angst selbst angezeigt zu werden. So auch wir.

Selbst der Europarat sieht inzwischen ein Problem mit dem immer gewalttätigeren Vorgehen der Polizei auf Versammlungen insb. pro-palästinensischen, aber auch insgesamt des linken Spektrums wie erst neulich im Kessel des Kölner Rheinmetall-Entwaffnen-Camps.(6)

Überall um uns herum nimmt die Aggressivität und die Aufrüstung staatlicher Gewalttruppen zu. Für Lorenz, Oury Jalloh und so viele andere war die Polizei kein Freund und auch kein Helfer.

Es waren die Menschen, durch die ihr Leben ein Ende gefunden hat.

Auch historisch betrachtet, entstand die Polizei nicht als Truppe, um Katzen von Bäumen zu retten. Die Idee entstand aus der Notwendigkeit heraus, soziale und ökonomische Verhältnisse mit Gewalt zu stabilisieren. Es ging darum, dass Streiks nicht mehr von den Fabrikbetreiber\*innen selbst, sondern von staatlich organisierten und finanzierten Gruppen niedergeschlagen werden. (7)

Nicht nur das. So wurde in vielen Ländern Polizei geschaffen, um Menschen in Kolonien zu unterdrücken und rassistische Gesetzgebung, die Kolonien erst möglich machten, durchzusetzen. Ekelhafte Beispiele dafür sind der Code Noir oder der Code de l'indigénat in Frankreich, die black codes in den USA oder auch der Einsatz von Schutztruppen in den Deutschen Kolonien.(8)

Die Polizei war damals und ist auch heute nicht neutral. Sie war die ausführende Gewalt eines kapitalistischen Staates, und das heißt: sie schützte und schützt nicht in erster Linie Menschen, sondern die herrschende Ordnung, das Kapital.

Rassismus in der bestehenden Gesellschaftsordnung ist dabei kein Einzelfall, sondern zentraler Bestandteil. Kapitalismus funktioniert, indem er Menschen in Hierarchien aufteilt, anstatt sie befreit nebeneinander zu stellen, um damit Ausbeutungsverhältnisse möglich zu machen. Die Polizei braucht es nun als Werkzeug, als Ausübung von Gewalt, um diese Ordnung aufrechtzuerhalten und diese Ausbeutungsverhältnisse erst zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Ohne sie wäre diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht regierbar.(9)

93 Wer nun von „Einzelfällen“ oder „Fehlverhalten“ spricht, verkennet den Kern  
94 dieser Gewalt. Solche Denkart stützt das System des Vertrauensvorschlusses, der  
95 die Polizei stets als gewissenschaftliche Schützer der Gemeinschaft darstellt.

96 Gewalt ist nicht das Versagen der Polizei – sie ist ihr Wesenskern. Solange der  
97 Staat auf Kapital, Eigentum und Ungleichheit gebaut ist, braucht er eine  
98 Institution, die diese Ordnung mit Gewalt schützt. Und das erfüllt die Polizei.

99 Die Aufrüstung und "Verbesserung" der Polizei ist keine Verbesserung von  
100 "Sicherheit". Sie bedeutet nämlich in erster Linie eines:

101 Eine Steigerung der gesellschaftlichen Gewalt.

102 Und während mit Einführung von Tasern die Möglichkeiten schwerer Gewalt nur  
103 zunimmt und die Hemmung aufgrund versprochener Sicherheit der neuen  
104 Gerätschaften, diese Gewalt auch einzusetzen abnimmt - währenddessen nimmt die  
105 Aufarbeitung nicht zu.

106 Und während die Aufarbeitung nicht zunimmt, lässt auch die Aufklärung zu  
107 Wünschen übrig. Die verschwindend niedrige Verurteilungsquote bei  
108 Sexualstraftaten geht nicht zuletzt auch auf unzureichende Polizeiarbeit zurück.  
109 So werden Verletzte zu spät ernst genommen, unzureichende Maßnahmen getroffen  
110 und ihnen kein ausreichender Rechtsschutz geboten. Sekundäre Traumatisierungen  
111 entstehen nicht in seltenen Fällen durch mangelhafte Polizeiarbeit. Ähnlich ist  
112 die Erfahrung von FINTA\*s bei dem polizeilichen Umgang mit partnerschaftlicher  
113 Gewalt. Die Erzählungen werden nicht ernst genommen, die Situation falsch  
114 eingeschätzt, so dass im schlimmsten Fall der verhinderbare Femizid doch  
115 passiert.

116 Polizist\*innen kleben sich noch immer gerne mal - bevor sie auf eine Menge  
117 Demonstrierende einprügeln - die Dienstnummern ab.

118 Polizist\*innen haben noch immer keine Bodycams an, die verpflichtend  
119 eingeschaltet sein müssen.

120 Polizist\*innen wird noch immer geglaubt, wenn diese sich selbst Arme brechen und  
121 dies auf Versammlungsteilnehmer\*innen schieben.  
122 Polizist\*innen schützen nicht, wenn sie auf dich einprügeln.

123 Die Sicherheit, die sich damit einstellen soll, gilt offensichtlich nicht für  
124 alle. Denn während Polizist\*innen weiterhin brav Befehlen folgend Menschen auf

der Flucht illegal an den deutschen Grenzen abweisen, dient diese vermeintliche „Sicherheit“ dem wohlhabenden deutschen „Volk“. Es dient einer rassistischen Idee und denen die auf Menschen mit anderer Hautfarbe hetzen und diese durch die Straßen jagen.

Wenn Versammlungen eingeschüchtert und aufgelöst werden. Wenn Streiks drangsaliert und kriminalisiert werden - dann nützt das nicht uns, sondern den Menschen, die aus den gegebenen Umständen profitieren.

Wenn noch immer nicht aufgearbeitet wird, warum es zu Oury Jallohs und Nelsons Tod kam, dann wird damit nur ein System geschützt, das in sich nicht die Menschen schützt, denen es eigentlich dienen soll.

## **Deshalb fordern wir:**

- **Demokratische Kontrolle und unabhängige, transparente Beschwerdestellen, damit Polizeigewalt nicht unkontrolliert bleibt, sondern konsequent aufgeklärt und Betroffene Gehör finden.**

Wir sehen, dass eine rein rechtsstaatliche und gerichtliche Kontrolle der Polizei als Exekutivorgan nicht ausreicht (10)

Ebenso sehen wir es als notwendigen Schritt, dass wir als Gesellschaft nicht nur ein Mitbestimmungsrecht haben, wer für uns in den Parlamenten sitzt, sondern auch, wer für uns für „Sicherheit“ in den Straßen sorgt und wie.

Wir wollen wirkliche Haftbarkeit und nicht einfach Disziplinarverfahren, die nur spärlich verteilt werden.

- **Keine weiteren Befugnisse für die Polizei, Bürger\*innen und Freiheitsrechte müssen gewährleistet werden. Keine Quellen-TKÜ, kein Todesschuss, keine willkürlichen Wohnungsdurchsuchungen oder LGS-Stürmungen**

- **Rassistische Kontrollpraktiken verbieten und Gefahrengebiete abschaffen, stattdessen Antidiskriminierungstrainings verpflichtend für alle Polizist\*innen, die GJ kann bei Bedarf ein paar Tipps geben :)**

Wir wollen wirkliche Hilfe für Menschen in Notsituationen und keine Drangsalierung migrantisierten Personen. Das spaltet uns als Gesellschaft nämlich tatsächlich.

- 157 • **Nazis raus aus der Polizei! Null Toleranz für Faschist\*innen**
  
- 158 • **Verpflichtende Fortbildungen für die Polizei zur Sensibilisierung für die**  
159 **Arbeit mit Verletzten Menschen bei Fällen von sexueller Gewalt.**
  
- 160 • **Mittel umverteilen: Weniger Geld für Repression, mehr für Bildung,**  
161 **Sozialarbeit und Prävention.**
  
- 162 • **Bullen raus aus den Demos - für die Einhaltung der Versammlungsfreiheit in**  
163 **Berlin!**
  
- 164 • **Vermummungsverbot aufheben, Demonstrieren muss anonym möglich sein!**
  
- 165 • **Linke und migrantische Strukturen schützen, statt sie zu kriminalisieren**  
166 **oder zu stigmatisieren.**
  
- 167 • **Polizei entwaffnen, Waffen müssen im Auto bleiben und dürfen nur in**  
168 **Ausnahmesituationen rausgeholt werden. Unser Vorbild dabei ist Norwegen,**  
169 **in der das bereits Praxis ist und gut funktioniert.**  
170 Niemand kann in einer Situation gut und deeskalierend wirken, wenn der  
171 Gegenüber eine Schusswaffe greifbar hat. Das ist nichts als  
172 Einschüchterung und löst keine Probleme
  
- 173 • **Militarisiertes Auftreten der Polizei verbieten.**  
174 Als Gesellschaft brauchen wir tatsächliche Lösungsfindungen. Wenn die  
175 Polizei eine solche Rolle spielen soll und als Mittler\*in zwischen  
176 Parteien auftreten soll, ist ein militarisiertes Auftreten fehl am Platz.  
177 Dies dient nämlich nur der Einschüchterung.
  
- 178 • **Letztlich eine Abschaffung der Polizei wie sie jetzt existiert, statt des**  
179 **Systems sollte sie alle Menschen schützen und statt zu bestrafen sollte**  
180 **sie auf eine Reintegration in die Gesellschaft setzen - Knäste zu**  
181 **Baulücken. Das setzt allerdings voraus, dass es ein System gibt, dass nicht**  
182 **auf Eigentum und Besitz und Wachstum, sondern auf Solidarität, Hilfe und**

183 Freiheit beruht. Denn echte Sicherheit entsteht durch Gerechtigkeit,  
184 Solidarität und soziale Rechte.

## **Begründung**

(1)

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/06/koalition-berlin-cdu-spd-klausur-vorhaben-fussfessel-videoueberwachung.html>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/706648/umfrage/durch-polizisten-getoetete-menschen-in-deutschland/>

(2)

[https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR\\_Integrationsbarometer\\_2022\\_Barrierefrei-11.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei-11.pdf)

<https://www.svr-migration.de/publikation/ib2022/>

<https://www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/blog/artikel.1384909.php>

(3)

BGH, B. v. 21.03.2024 - 3 StR 300/23

<https://www.zeit.de/thema/nsu-2-0>

(4)

<https://web.de/magazine/politik/kriminologin-rechtsanwaelte-raten-anzeigen-polizei-38256456>

Rafael Behr: Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols

(5)

<https://www.youtube.com/watch?v=jXf9d1xHO34>

(6)

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/meinungsfreiheit-und-polizeigewalt>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gaza-demos-berlin-europarat-mahnt-meinungsfreiheit-an-a-eae069c1-5995-4936-b723-84600cb94786>

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1193827.rheinmetall-entwaffnen-polizeikessel-in-koeln-diese-gewalt-ging-bis-uhr-morgens.html>

(7)

Alissa Stardoub, Polizei&Gewalt S. 57 ff.

(8)

ebd. S. 35 ff., 50 ff., 67 ff.

(9)

„Sie ist indes ein institutionalisierter und mit staatlichem Gewaltmonopol ausgestatteter Schlägertrupp, der die Wahrung der Interessen des Kapitals erzwingt, dazu gehört auch der Erhalt rassistischer Klassenspaltungen.“ - a&k zitat <https://www.akweb.de/ausgaben/661/polizei-ohne-rassismus-gibt-es-nicht/>

(10)

vgl. <https://web.de/magazine/politik/kriminologin-rechtsanwaelte-raten-anzeigen-polizei-38256456>

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** **Gegen Kürzungen und autoritäre Sicherheit -  
Für eine solidarische Stadt**

---

## Antragstext

1 Der Senat kürzt - mal wieder. Bereits jetzt sind Einsparungen von rund drei  
2 Milliarden Euro im Haushalt beschlossen worden. Sie treffen genau jene Bereiche,  
3 die unsere Stadt zusammenhalten: Projekte für Kinder und Jugendliche,  
4 Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Alleinerziehende und  
5 Menschen in Armut. Die soziale Infrastruktur wird von der CDU bewusst geopfert.

6 Besonders hart ist die Lage für wohnungslose Menschen und für Angebote der  
7 Drogenhilfe. Im neuen Haushaltsentwurf sind keine Mittel mehr für die sozialen  
8 und gesundheitspolitischen Maßnahmen des bisherigen Sicherheitspakets  
9 vorgesehen. Damit fallen rund 30 Millionen Euro weg, die zuvor für aufsuchende  
10 Arbeit, Prävention und Gesundheitsversorgung genutzt wurden. Das Peer-Projekt  
11 der Drogenhilfe Fixpunkt, bei dem Menschen aus der Drogenszene gemeinsam mit  
12 Sozialarbeiter\*innen Spritzen einsammeln und Konsummaterialien entsorgen, steht  
13 genauso vor dem Aus wie weitere erfolgreiche niedrigschwellige Angebote.  
14 Parallel dazu soll der „Topf Saubere Stadt“ um die Hälfte gekürzt werden -  
15 Kiezhausmeister in Friedrichshain-Kreuzberg und Parkläufer in vielen Stadtteilen  
16 verlieren ihre Jobs, teilweise sind bereits Kündigungen ausgesprochen.

17 Schon länger ist klar, dass auch an den Hochschulen gekürzt werden soll.  
18 Studierende und Beschäftigte protestieren gegen einen Kahlschlag, der Lehre,  
19 Forschung und Studienbedingungen massiv verschlechtert. Präventive Arbeit gegen  
20 Gewalt, Sozialarbeit und Infrastruktur werden abgebaut - während derselbe Senat  
21 Millionen in einen Zaun um den Görlitzer Park und in Videoüberwachung steckt.  
22 Hier zeigt sich ein falsches Verständnis von „Sicherheit“: Repression statt  
23 Fürsorge, Überwachung statt sozialer Infrastruktur.



Diese Kürzungspolitik ist keine neutrale Haushaltsnotwendigkeit, sondern eine falsche, sozial ungerechte Prioritätensetzung. Der Staat entscheidet, wessen Leben abgesichert wird und wessen nicht. Die Politik des schwarz-roten Senates zerstört unsere kollektive Infrastruktur allen voran Kultur, Bildung, Sozialarbeit und Gesundheit – und verschiebt die Kosten auf diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben. Während soziale Einrichtungen dichtmachen müssen, bleiben Eigentums- und Profitsicherungen unangetastet.

Es ist kein Zufall, dass immer wieder dieselben Bereiche getroffen werden: Dort, wo Menschen Freiräume haben, wo Solidarität organisiert wird, wo gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, setzt der Senat bewusst den Rotstift an. Diese Infrastruktur macht Menschen unabhängiger von der kapitalistischen Verwertungslogik – und genau deshalb wird sie ins Visier genommen. Solidarische Strukturen werden zerstört, um Kapitalinteressen zu schützen.

Der Sicherheitsbegriff der CDU wird dabei klar sichtbar: mehr Überwachung, mehr Polizei, Kameras, Zäune sollen soziale Probleme befrieden, die eigentlich aus Armut, Prekarisierung und Marginalisierung entstehen. Wer arm ist, wer auf der Straße lebt, wer Drogen konsumiert, wird nicht als Mensch mit Rechten wahrgenommen, sondern als Sicherheitsrisiko. Diese Logik setzt sich auch in der geplanten Polizeinovelle fort und ist Teil eines autoritären Projekts, das gesellschaftliche Spaltung vertieft.

Austerität ist dabei kein Berliner Sonderweg, sondern Teil einer internationalen neoliberalen Strategie. Ob in Griechenland nach der Finanzkrise, in Spanien oder Italien - überall wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, soziale Rechte beschnitten und stattdessen Polizei und Überwachung ausgebaut. Auch in Deutschland verhindert die Schuldenbremse weiterhin Investitionen in eine solidarische Miteinander und einen starken Sozialstaat und das während Aufrüstungskosten keine Grenzen mehr gesetzt sind.

Dabei zeigt sich: Austeritätspolitik schafft den Nährboden für einen gesellschaftlichen Rechtsruck. Wenn soziale Sicherheiten zerstört, öffentliche Leistungen abgebaut und Ungleichheiten verschärft werden, wächst die Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten. Rechte Kräfte knüpfen genau daran an: Sie lenken die berechtigte Wut über soziale Missstände auf Geflüchtete, Migrant\*innen oder marginalisierte Gruppen und verschieben den öffentlichen Diskurs nach rechts. Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, werden Feindbilder konstruiert. Austerität und Autoritarismus gehen so Hand in Hand: Der Sozialstaat wird geschwächt, während gleichzeitig mehr Überwachung und Repression aufgebaut werden.

Und ohne einen Hehl daraus zu machen setzt die CDU ihrer menschenfeindlichen Politik noch die Krone auf, indem sie an der Demokratiebildung kürzen.

Unsere Demokratie ist durch Rechtsextreme bedroht und die CDU unterstützt, indem sie Projekten, die ihnen "zu woke" sind, den Geldhahn abdreht und den Menschen, die in diesem Bereich arbeiten ihre Jobs streicht.

Dabei ist die Erzählung "es muss halt irgendwo gespart werden" einfach falsch! Es wird so viel Geld ausgegeben, wie noch nie zuvor und zusätzlich gäbe es durchaus Möglichkeiten, durch höhere Einnahmen mehr haushaltspolitischen Spielraum zu schaffen. Berlin verfügt über zahlreiche Einnahmequellen, die bisher nicht ausgeschöpft werden: Die Grunderwerbsteuer könnte erhöht werden, um spekulativen Immobilienhandel stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Auch die Gebühren für Anwohnerparken sind nach wie vor viel zu niedrig und könnten - sozial abgefedert - einen spürbaren Beitrag leisten. Ebenso könnten höhere Zweitwohnungssteuern zusätzliche Einnahmen generieren.

Auf Bundesebene braucht es darüber hinaus eine grundlegende Wende in der Steuerpolitik: Die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer muss endlich wieder eingeführt werden. Ihr Ertrag stünde den Ländern zu und würde jährlich Milliarden in die öffentlichen Haushalte spülen. Auch die Erbschaftsteuer bietet enormes Potenzial: Jedes Jahr werden Milliardenvermögen vererbt und verschenkt, doch vor allem die Reichsten profitieren von großzügigen Ausnahmen und Schlupflöchern, insbesondere durch privilegierte Behandlungen von Betriebsvermögen. Eine gerechte Reform würde sicherstellen, dass große Vermögen endlich ihren fairen Beitrag leisten und nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit verschont bleiben.

Hinzu kommt: Steuerflucht und aggressive Steuervermeidung entziehen auch Berlin jedes Jahr beträchtliche Summen. Eine konsequentere Bekämpfung von Steuerhinterziehung, eine stärkere Ausstattung der Finanzämter und eine gerechtere Gestaltung der Gewerbesteuer könnten weitere Milliarden freisetzen.

In der Realität aber spart der Senat soziale Projekte kaputt, während Vermögen unangetastet bleibt. Statt Reichtum konsequent zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, wird immer wieder bei den Schwächsten gestrichen. Das ist kein „Sachzwang“, sondern eine bewusste politische Entscheidung - für die Profite weniger und gegen die solidarische Infrastruktur, die wir alle brauchen.

Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist klar: Wir stellen uns gegen diese Kürzungspolitik und gegen das autoritäre Sicherheitsverständnis, das sie begleitet. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von sozialer Infrastruktur: Drogenhilfe, Obdachlosenhilfe, Jugendprojekte, Schulsozialarbeit, Kultur, Prävention. Wir wollen echte Sicherheit – die Sicherheit, ein Dach über dem Kopf zu haben, medizinisch versorgt zu sein, in Würde zu leben und frei von Armut, Diskriminierung und Gewalt. Die CDU trägt mit ihrer Haushalts- und

101     Sicherheitspolitik die Hauptverantwortung für den sozialen Kahlschlag, flankiert  
102     von einer SPD, die sich diesem Kurs unterordnet. Dem setzen wir eine radikale  
103     Gegenposition entgegen: Solidarische Infrastruktur statt Kürzungen, soziale  
104     Sicherheit statt Überwachung, Umverteilung statt Austerität.

105     Wir wissen: Eine andere Politik fällt nicht vom Himmel. Sie muss erkämpft werden  
106     – gemeinsam mit Gewerkschaften, Studierenden, Kulturprojekten,  
107     Sozialinitiativen, mit den Menschen, die jetzt am härtesten von dieser Politik  
108     getroffen werden. Die GRÜNE JUGEND Berlin wird dafür Bündnisse schmieden, auf  
109     die Straße gehen und Druck machen. Denn diese Stadt gehört uns allen – nicht den  
110     Kürzungspolitikern\*innen im Roten Rathaus und schon gar nicht den  
111     Eigentümer\*innen, die immer reicher werden.

112     **Berlin ist und bleibt unkürzbar!**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Hakim Arezo, Leonardo (GJ Berlin Nord)

**Titel:** Horse Sharing

## **Antragstext**

1 Reitsport? aber für alle Kinder und Jugendlichen!

2 Reiten ist eins der beliebtesten Hobbys bei Kindern und Jugendlichen. Auch  
3 erwachsene Millionäre verpesten viel Geld in Reitensport.

4 Der Reitsport ist für viele extrem teuer in Berlin. Nur einige wenige können  
5 sich einen Reitkurs leisten. Mitgliedschaft und Reitkurse in Reitvereinen kosten  
6 hunderte von Euros. Vergleicht man es mit Fitnessstudios in Berlin, scheint es  
7 ein sehr teures Hobby zu sein. Nicht jedem Kind kann der Wunsch erfüllt werden.  
8 So schafft man Frust bei Kindern, indem man ihnen keinen Zugang ermöglicht, wo  
9 sie gerne hinwollen. Natürlich leben viele Haushalte mit niedrigem Einkommen.  
10 Einen Reitkurs zu finanzieren, um dem Kind eine Freude zu bereiten, gelingt eben  
11 nicht jeder Familie. Das Einkommen der Eltern bestimmt heutzutage, welcher  
12 Sportart oder welchen Hobbys die Kinder nachgehen müssen. Das ist pure  
13 Klassengesellschaft. Annehmbar ist das für viele nicht.

14 Wir fordern konkret zur Teilhabe von Kinder und Jugendlichen

15 - staatliche Finanzierung des Reitsports für Kinder und Jugendliche aus Familien  
16 mit niedrigem Einkommen.

## **Begründung**

Folgt mündlich